



Detailansicht des Regelungsvorhabens

Verfassungs- und europarechtliche Verstöße bei einer MVZ-Regulierung vermeiden

Stand vom 02.06.2025 11:19:14 bis 12.06.2025 16:05:14

Angegeben von:

Bundesverband der Betreiber medizinischer Versorgungszentren (BBMV) e.V. (R000242) am 02.06.2025

Beschreibung:

MVZ werden weiterhin mit weitreichenden Vorschlägen zu ihrer Regulierung konfrontiert. Tatsächlich umgesetzt, würden diese Vorschläge gegen Verfassungs- und Europarecht verstößen – und damit nicht nur die Existenz von vielen MVZ bedrohen, sondern auch die ambulante Gesundheitsversorgung. Zu diesem Ergebnis kommt ein Rechtsgutachten von Prof. Dr. Martin Burgi, Ordinarius für Öffentliches Recht und Europarecht an der LMU München.

Betroffene Interessenbereiche (1)

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Betroffene Bundesgesetze (1)

SGB 5 [alle RV hierzu]

Zu diesem RV abgegebene grundlegende Stellungnahmen/Gutachten (1)

1. [SG2505150007](#) (PDF - 24 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 28.04.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Versendet am 02.05.2025 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]

Versendet am 06.05.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]